

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 59.

Montag, den 12. März

1860.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verfrachtung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühren für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 1 fl. 10 Nkr., für jede weitere Einrückung 3/4 fl. 10 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Belegungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Februar d. J. die an der Kraukauer Universität erlangte ordentliche Ehrentitel des französischen Civilrechtes, dann des polnischen Rechtes und seiner Geschichte, dem Rathes-Referendar zu Boczów, Dr. Peter Burzyński, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Hauptmann im General-Quartiermeister-Stabe, Wilhelm Gründorf, als Ritter des Ordens der eisernen Krone, den Ordens-Statuten gemäß, in den Ritterstand des Kaiserthums Oesterreichs allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den k. k. General-Major und Truppen-Brigadier, Karl v. Baitin, in Anerkennung seiner stets guten und vor dem Feinde ausgezeichneten Leistungen in den Freiherrenstand des Kaiserthums Oesterreichs allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Statthalter-Rath bei der Mährischen Statthalterei, Franz Marensky, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse, den Ordens-Statuten gemäß, in den Ritterstand des Kaiserthums Oesterreichs allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. März d. J. dem Gutsbesitzer im Temeser Banate, Sotjanovits von Szeged, in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens den Oesterreichischen Freiherrenstand taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Hauptmann im Herzogthum 44. Infanterie-Regimente, Karl Grafen Czerni de Monte Vargh, und dem Gutsbesitzer von Trient, Leonhard Grafen Saracini-Belfort, die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. März d. J. den nachbenannten die Verleihung allergnädigst zu ertheilen geruht, die denselben verliehenen fremden Orden annehmen und tragen zu dürfen, und zwar: Dem Feldmarschall-Lieutenant, Moriz Freiherrn von Lebeder, das Großkreuz des kgl. Niederländischen Löwen-Ordens; dem Obersten im General-Quartiermeisterstabe, Benzel Unschuld, und dem Oberlieutenant und Militär-Behaus-Kommandanten zu Karlsruhe, Heinrich Freyberger, den königlich Preussischen Rothen Adler-Orden dritter Klasse;

dem Obersten und Kommandanten des Infanterie-Regiments Graf Mobil Nr. 74, Anton Krebs von Sturmwall, das Ritterkreuz mit Eichenlaub des großherzoglich Baden'schen Ordens vom Jahrbücher Löwe;

dem Oberlieutenant des Armeestandes, Gaon Finken von Schenlohe, das Großkreuz des päpstlichen St. Gregor-Ordens; den Hauptleuten: Friedrich Freiherrn Hofmann, des Infanterie-Regiments Prinz Alexander von Hessen und bei Rhein Nr. 46, den kaiserlichen Russischen St. Wladimir-Orden vierter Klasse mit Schwertern;

Leonidas Pop, des General-Quartiermeisterstabes, das Ritterkreuz des großherzoglich Hessischen Philipp-Ordens, und August Kriz, des Regiments-Artillerie-Kommando Nr. 4, den kaiserlichen Russischen St. Stanislaus-Orden zweiter Klasse; dem Rittmeister, Karl Grafen Einsiedel, des Infanterie-Regiments König von Preussen Nr. 10, den königlich Preussischen Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern;

dem Unterlieutenant, Klemens Kösen, des 10. Feld-Jäger-Bataillons, das Ritterkreuz mit Schwertern des großherzoglich Nassau'schen Adolphs-Ordens; dann dem Konfessionalsrath und evangelischen Feld-Prebiter der zweiten Armee, Dr. Karl Laubner, den königlich Hannover'schen Guelphen-Orden vierter Klasse.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 2. d. J. den beiden Militär-Beamten, Registrars Karl Fickel und Expedits-Direktions-Adjunkten, Franz Wient, in Anerkennung ihrer beiderseitig hinterlegten, mehr als vierzigjährigen belobten Dienstleistung, bei deren Uebernahme in den Ruhestand, das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. Febr. d. J. dem Musterlehrer, Franz Lantscher zu St. Martin bei Windischgarz in Steiermark in Anerkennung seiner vieljährigen erprobten Dienstleistung als Lehrer, Organist und Wächter, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. Februar d. J. den Adjunkten an der Sternwarte zu Padua, Dr. Virgil Frettennero, zum a. o. Professor der Astronomie an der dortigen Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. Februar d. J. dem Befallungsdiplome des für Aquila ernannten kaiserlichen Russischen Konsuls Honorar-Rathes Konstantin Petkovich, das allerhöchste Equivalenz zu ertheilen geruht.

Der Minister des Innern hat den Kreiskommissär zweiter Klasse, Alexander Stojakowits, zum Statthalter-Sekretär für das Serbisch-Banater Verwaltungsgebiet ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den bisherigen Supplenten am Gymnasium in Rzeszów, Michael Polanski, zum wirklichen Lehrer desselben Gymnasiums ernannt.

## Veränderungen in der kais. königl. Armee.

### Beförderungen:

Die Garnisons-Äbte, Kommandanten zu Verona und zu Venedig, die Majore: Ignaz v. Anaker und Mathias Treinberger, zu Oberlieutenants mit Befassung auf den gegenwärtigen Dienstposten;

der Major, Gustav Fischer, des Ulanen-Regiments Erzherzog Ferdinand Maximilian Nr. 8, zum Oberlieutenant im Regimente, und  
der Hauptmann erster Klasse, Viktor Binder von Bindersfeld, des General-Quartiermeister-Stabes, zum Major im Adjutanten-Korps.

### Verleihung:

Dem pensionirten Obersten, Heinrich Freiherrn von Hauser, der General-Majors-Charakter ad honores.

### Pensionirungen:

Die Oberlieutenants: Karl Hartung, Kommandant des Regiments-Artillerie-Kommando's Nr. 15, und  
August Freiherr De Trauz de Warbin, des Infanterie-Regiments Dom Miguel Nr. 39, dann  
der Major, Karl Ehotat v. Ehotz, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Hübner Nr. 40.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 12. März.

Die Depesche des Grafen Cavour vom 2. d. an den Cavaliere Nizza über die Abtretung Savoyens und Nizza's erinnert an die bekannten Bemerkungen in der Depesche Thouvenel's und erklärt: Weit entfernt zu glauben, daß die Vergrößerung Sardiniens jemals eine Gefahr für Frankreich bilden könnte, welchem wir doch die letzten Ereignisse mit Dankbarkeit verbunden sind, so haben wir doch zu sehr das Gefühl von dem, was Italien dem Kaiser verdankt, um nicht die ernsteste Aufmerksamkeit den Forderungen zu schenken, welche auf der Achtung vor den Wünschen der Bevölkerung beruhen. Die Regierung des Königs würde niemals einwilligen, irgend ein anderes Territorium, welches seit Jahrhunderten den Besitzstand (apanage) des glorreichen Hauses Savoyen bildet, abzutreten oder auszutauschen; allein die Regierung kann nicht entschlagen, die Aenderungen, welche die Ereignisse in Italien in der Lage der Bevölkerung Savoyens und Nizza's hervorgerufen haben, in Erwägung zu ziehen. Wir würden uns den Vorwurf der Inconsequenz und der Ungerechtigkeit zuschieben, wenn wir in dem Augenblicke, wo wir für uns beanspruchen, daß Centralitalien über sein Schicksal entscheide, den Unterthanen (!) des Königs, welche die anderen Abhänge der Alpen bewohnen, das Recht versagen wollten, ihren Willen frei an den Tag zu legen, wie lebhaft auch unser Bedauern wäre, wenn die Wiege der Monarchie die Trennung verlangen würde. Wir weigern uns nicht, den Werth einer legalen Kundgebung, welche mit den Vorschriften des Parlaments im Einklange steht, anzuerkennen.

Die Savoyische Frage, schreibt der Pariser Correspondent der „N.P.Z.“, ist eine Sache ganz für sich und hat mit der Frage wegen der Selbstständigkeit Toscanas nichts zu schaffen. Heute stehen die Sachen also: Das Ergebnis der Abstimmung in Toscanas wird Frankreich nicht gewaltsam bekämpfen; aber es wird höchst wahrscheinlich seine Truppen aus Italien zurückziehen und die Vereinigung Toscanas mit Piemont wenigstens nicht auf der Stelle anerkennen. Wenn es der römischen Regierung gelingt, die Revolution in der Romagna zu besiegen, so wird Louis Napoleon zufrieden damit sein. Führen leichtsinnige Herausforderungen Sardiniens gegen Oesterreich zu einem offenen Bruche zwischen diesem und Sardinien, desto schlimmer für letzteres; aber es scheint, daß Louis Napoleon die Gewissheit erlangt hat, daß Oesterreich keinen Krieg beginnen, und daß es, selbst angegriffen, seinen unzweifelhaften Sieg über Piemont nur bis zu einem gewissen Punkte ausbeuten würde. Was Savoyen und Nizza betrifft, so hofft man, das Wiener Cabinet werde diese Schwächung Sardiniens auf dieser mit Befriedigung sehen, Rußland hofft man zu beruhigen, mit ihm Preußen — ein Krieg gegen England ist in der Ueberzeugung Louis Napoleons so wie so nur eine Frage der Zeit. Krieg und Coalition wegen Savoyen fürchtet man hier nicht. Graf Arce aus Turin wird täglich in Paris erwartet. Er vermittelt die positive Einwilligung Victor Emanuels in die Abtretung der beiden Provinzen. Eine Abstimmung hofft Louis Napoleon verhindern zu können. „Savoyen und Nizza sind wie die Herzogthümer herrenlos; sie werden so thatsächlich von Victor Emanuel besessen, wie die Lombardei damals Louis Napoleon thatsächlich gehörte, als er sie an Piemont abtrat. Eine Volksabstimmung wäre daher nicht am rechten Orte.“ Das ist die Theorie. Louis Napoleon hat die Absicht, mit Zustimmung Victor Emanuels Besitz von den beiden Provinzen zu ergreifen und die vollbrachte Thatsache durch einen Huldigungsakt der Bevölkerung bestätigen zu lassen. Das nennt man le consentement

des populations. Ist's geschehen, so wird den großen Mächten mit Aufrichtigkeit dargelegt werden, daß die Sache so und nicht anders sein könne — und das nennt man le consentement de l'Europe. N. S. Heute Abend heißt es, daß die Savoyische Frage den großen Mächten in einer Circulardepesche vorgelegt worden ist.

Einem Privatschreiben aus Paris entnimmt die „N. P. Z.“, daß das französische Cabinet die Note aus Turin vom 1. März für eine Ablehnung der letzten französischen Vorschläge ansieht. Man nimmt ziemlich allgemein an, daß mit der Zurückziehung der kaiserlichen Truppen bis nach Savoyen geantwortet werden wird. Uebereinstimmend hiermit heißt es in einem officiösen Pariser Blatte: Die Nachrichten aus Italien sind nach wie vor sehr beunruhigend. Es scheint gewiß zu sein, daß die Regierung des Kaisers die in der Thronrede enthaltenen Entschliessungen nicht modificiren wird. Wenn daher, wie aus der Depesche des Hrn. v. Cavour hervorgeht, Piemont auf seinen Einverleibungsplänen beharrt, so muß es auf jede Unterstützung Frankreichs verzichten. Es wäre demnach nicht überraschend, wenn der Marschall Vaillant eines Tages den Befehl erhielte, mit seiner Armee aus Ober-Italien nach Frankreich zurück zu kehren.

Die Formel des Plebisits für Toscana lautet: Vereinigung mit dem constitutionellen Könige von Sardinien oder getrenntes Königreich. Nicht schlecht ausgedacht von den Herren v. Cavour und Ricasoli; denn die zahlreichen Anhänger des Hauses Lothringen können sich an der Abstimmung über ein so gestelltes Plebisit nicht betheiligen. Hiesige es Vereinigung mit Sardinien oder Autonomie Toscanas, so stände die Sache ganz anders; denn die Freunde und Anhänger des Großherzogs könnten für die Autonomie stimmen, da dieselbe die Frage wegen des Souveräns in der Ungewissheit ließe; sie können aber nicht für das getrennte Königreich stimmen, weil diese Abstimmung die Befestigung des Großherzogs in sich einschließt. Cavour und Ricasoli haben überdies beschlossen, daß jeder Wahlzettel, welcher eine andere als eine von diesen beiden Formeln enthalte, von Rechtswegen für ungültig und als nicht abgegeben zu betrachten sei. Für ein gesondertes Königreich dürften sich ebenfalls wenige Stimmen erheben. Die Anhänger dieser Ansicht werden von vorneherein stigmatisirt. In der Einleitung, welche der „Monitore Toscano“ der Ausschreibung der allgemeinen Abstimmung vorausschickt, heißt es nämlich, die Bevölkerung seien zur Ablegung der letzten Kundgebung der Hochherzigkeit und Italianität ihrer Gefinnungen aufgerufen worden; wer für das Sonder-Königreich stimme, der stimme für „Fortdauer des engen, spießbürgerlichen Municipallebens, das durch Neid die Völker derselben Familie von einander absondere und ihnen keine andere Gleichheit als die der Noth und Knechtschaft verleihe.“

Die „Preuss. Ztg.“ schreibt: Nach einer Mittheilung der „Epen. Ztg.“ wollen unterrichtete Personen wissen, daß eine Aufforderung von Seiten Deutscher Bundesgenossen an Preußen zu erklären, es wolle einen Angriff auf das Venetianische einem Angriffe auf sich selbst gleich achten, an selbiges überhaupt nicht gerichtet worden sei und daher auch nicht ablehnend beantwortet werden konnte.

Ueber die Thronrede Louis Napoleons und die bekannten Depeschen seines Ministers, Baron Thouvenel, die Savoyische Angelegenheit betreffend, sagt die „Preussische Zeitung“ Folgendes: Mehr als die Zustimmung des Volkes von Savoyen bedeutet die der Europäischen Mächte. „Die kaiserliche Regierung“, schrieb Herr v. Thouvenel am 24. Februar an Baron D'Alleyrand, „würde nicht ermangeln, wenn der geeignete Moment ihr gekommen zu sein schiene, vorgängig die Großmächte Europa's zu Rathe zu ziehen (consultir), um einer falschen Auslegung der Gründe, durch welche ihr Verfahren geleitet wird, vorzubeugen.“ Die Bedeutung dieser Consultation wird ohne Zweifel wesentlich davon abhängen, daß sie im geeigneten Moment geschieht, d. h. ehe der Ansicht der Mächte thatsächlich vorgegriffen ist. Auch würde es der Würde der Mächte und ihrem Recht, über eine das Europäische Gleichgewicht berührende Frage zu entscheiden, schwerlich entsprechen, wenn Frankreich sich mit ihnen nur in's Benehmen setzen wollte, „um einer falschen Auslegung der Gründe seines Verfahrens vorzubeugen.“ Denn es handelt sich hier augenfällig weniger darum, daß die Mächte ein richtiges Verständnis der französischen Politik gewinnen, als darum, daß Frankreich nichts thue, was den Mächten im Widerspruch

mit dem Europäischen Interesse zu stehen scheint. Die Rede vom 1. März sagt über diese Punkte: „Frankreich will diese Vergrößerung nicht durch militärische Occupation oder Anzettelung von Aufständen erlangen, mais en exposant franchement la question aux grandes Puissances. Elles comprendront, sans doute, dans leur équité, que l'important remanement territorial qui va avoir lieu nous donne droit à une garantie indiquée par la nature elle-même.“ Lord John Russell bekannte am 2. März vor den Englischen Gemeinen offen, er „begreife“ dieses Recht Frankreichs auf die „natürlichen“ Grenzen gegen Italien nicht. Ohne Zweifel werden auch die übrigen Mächte bei der von Frankreich angekündigten Berathung diese Frage ernstlich zu erwägen haben, die um so wichtiger ist, da Savoyen und Nizza bereits Theile des ersten Napoleonischen Kaiserreichs gewesen sind. Es scheint uns, bemerkt die „N. P. Z.“, daß die „Pr. Ztg.“ hier doch wohl mehr annimmt, als der Kaiser der Franzosen zugesagt hat; wenigstens wenn die vorstehenden Ausdrücke „zu Rathe ziehen“ und „Berathung“ so viel heißen sollen, als „um Rath fragen“, so hat Louis Napoleon das nicht in Aussicht gestellt. Wir haben aus allen französischen Actenstücken, die sich freilich zum Theil widersprechen, den Eindruck entnommen, daß Frankreich und Sardinien — etwa in stiller Harmonie mit Lord Russell — die Sache abmachen und dann den Mächten vorlegen wollen. Wir freuen uns, daß die Preussische Regierung nicht gewillt zu sein scheint, solch ein Verfahren und überhaupt die Annexion Savoyens zu billigen.

In der Unterhaus-Sitzung vom 9. d. wurde ein von Horstmann gestelltes Amendement, der Byngschen Dankadresse an die Königin die Bitte hinzuzufügen, den Artikel 11 des Handelsvertrages wegzulassen, wird mit 282 gegen 56 Stimmen verworfen. Die Adresse wurde angenommen und dem Oberhause zugesandt.

Die Anträge, welche die von Sr. k. k. Apostol. Majestät zur Unternehmung des Zustandes der einheimischen Branntwein-Industrie und des Einflusses der Branntwein-Besteuerung auf dieselbe niedergesetzte Commission in ihren Sitzungen gestellt hat und so schnell als möglich der kaiserlichen Sanction unterbreitet werden sollen, sind nach der „Wiener Zeitung“ folgende:

1. (Einhellig.) Es wird der h. Staatsverwaltung angerathen, das Princip der Besteuerung der Maische zu verlassen und jenes der Besteuerung des gewonnenen Branntweins (der Productbesteuerung) anzunehmen, vorausgesetzt, daß ein Meßapparat gefunden worden sei, welcher Menge und Gradhaltigkeit dieses Branntweins genau angebe und dessen Anwendung mit keiner geringeren Sicherheit für den Staatsschatz und keinen lästigeren Controlen für den Steuerpflichtigen verbunden wäre, als die gegenwärtige Besteuerungswaise.

2. (Einhellig.) Der vom k. k. Sectionsrath Rittinger erfundene Apparat, mit den Modificationen und praktischen Vorrichtungen, welche von dem durch die Commission niedergesetzten Comité und einzelnen Commissionsmitgliedern vorgeschlagen und von der Commission beworfen wurden, erfüllt diese Bedingungen, sichert dem Staate seine Einkünfte in höherem Maße, vermindert und erleichtert die Controlen.

3. Es ist weder nothwendig noch rathlich, eine Ermäßigung des bestehenden Steuersatzes eintreten zu lassen, und zwar weder allgemein (14 Stimmen gegen 2), noch für einzelne Kronländer (16 Stimmen gegen 1), noch für die landwirthschaftlichen Brenneren allein (14 Stimmen gegen 2), noch (die Einführung der Productbesteuerung vorausgesetzt) für einzelne Erzeugungsorte. (Einhellig.)

4. (Nach wiederholter Berathung und Abstimmung.) Die 7 1/2 und 15perc. Steuernachlässe, welche unter gewissen Bedingungen einzelnen Brennern in Galizien und Ungarn und dessen Nebenländern ertheilt wurden, haben bei der Einführung der Productbesteuerung aufzuheben, geschweige daß sie — wie zur Berathung gebracht worden war — auf andere Kronländer auszudehnen wären. (Einhellig.)

5. Es ist der Staatsverwaltung zu rathe, die Erzeugung mit unvollkommenen Apparaten nicht zu begünstigen, denn es sei dem volkswirthschaftlichen Standpunkte besser, daß ihre Zahl sich nach und nach vermindere. Zu diesem Ende wäre die Steuerentrichtung im Wege der Abfindung nur für ein nach den Local-



verhältnissen und der Natur der Rohstoffe verschieden festzusetzendes geringes Maximum der Erzeugung zu gestatten, darüber hinaus hätte die Productbesteuerung einzutreten. (16 Stimmen gegen 1.)

6. Es möge bei Einführung der Productbesteuerung eine Commission von Sachverständigen, in welcher auch die Presshefe-Erzeuger vertreten wären, zusammenberufen werden, um über die Art der Besteuerung der Presshefe erzeugenden Brenner, namentlich in Form eines Steuerzuschlages auf den von ihnen erzeugten Branntwein zu berathen. Bis die Aufgabe der Commission vollendet und die Besteuerung jener Brenner definitiv geordnet ist, möge ein provisorischer Steuerzuschlag der erwähnten Art eingeführt werden. (Einhellig.)

7. Der Antrag, die Erzeugnisse der Melasse-Brennereien mit einer (nach dem Antrage um 15 pCt.) höheren Steuer zu belegen als die Erzeugnisse anderer Brennereien, ist nicht zu bevorzugen. (11 Stimmen gegen 2.)

8. Durch die bestehende Zölle und den Verzehrssteuerzuschlag ist die einheimische Branntwein-Erzeugung gegen die Concurrenz des Auslandes genügend geschützt. (Einhellig.)

9. Zur Förderung des Exportes werden folgende unter Voraussetzung der Einführung der Product-Besteuerung gestellte Vorschläge des Finanzministeriums dankbar beantwortet: a) die Steuerrückvergütung wird mit Rücksicht auf den künftigen Normalsteuersatz (abgegeben von dem außerordentlichen Steuerzuschlag) mit 6 kr. 5. W. für den Grad der hunderttheiligen Scala festgestellt (gegenwärtig beträgt er beiläufig 4,2 kr.), b) sie wird für Sendungen von wenigstens zwei (gegenwärtig fünf) Eimern und c) für Branntwein von wenigstens 50° (gegenwärtig 75°) Gradhaltigkeit ertheilt, d) die gegenwärtig vorgezeichnete Nachweisung des Ursprungs und der Besteuerung des ausgeführten Spiritus wird nicht mehr gefordert, e) die Bewilligung zur Ausfuhr gegen Steuerrückvergütung wird jedem Brenner, jedem Rectificateur und jedem Kaufmann ertheilt, die vorschriftsmäßig Buch führen und sich der Controle der Finanzorgane unterwerfen. (Einhellig.) — Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß künftighin der Rauminhalt des ausgeführten Branntweins nicht wirklich erhoben, sondern durch das Nettogewicht und die Gradhaltigkeit desselben ermittelt werde. (Einhellig.) — Eine Exportprämie über den Betrag der Steuererstattung hinaus wird nicht bevorzugen und zwar nicht im Allgemeinen (15 Stimmen gegen 1) und nicht für die Erzeugnisse landwirtschaftlicher Brennereien (15 Stimmen gegen 1). — Auch soll ein sogenanntes Unterwegslo (wie es von den dafür Stimmenenden mit 3pCt. beantragt wurde) nicht gewährt werden (10 Stimmen gegen 6.) Für versüßte geistige Flüssigkeiten eine Steuererstattung zu gewähren, ist bei der Unmöglichkeit, auf einfache Weise den Alkoholgehalt zu bestimmen, vor der Hand unausführbar. (Einhellig.)

10. Die Steuercreditirung möge künftighin allen Brennereien ohne Rücksicht auf ihren Betriebsumfang zu Theil werden, bei denen die Steuer nach dem Meßapparat berechnet wird und welche die vorgeschriebene Sicherstellung leisten. Die Dauer dieses allgemeinen Credits würde mit vier Monaten in der Art festgesetzt, daß die im Laufe eines Monats fällig gewordenen Gebühren am ersten des fünften Monats zu bezahlen sind. Die Sicherstellung werde durch Hypothek, in Baren, mittelst Staatspapieren oder Creditbriefen (Hypothekenscheinen) nach dem Börsencourse oder durch Verpfändung des erzeugten Branntweins geleistet, letzterer wird hierbei nicht zu einem höheren Betrage als zu jenem der auf ihm lastenden Steuer berechnet. Bei Hypotheken werde dort wo die 100fache Steuer als Äquivalent des Werthes bei Berechnung der unmittelbaren Gebühren angenommen zu werden pflegt, hiernach auch der Werth behufs der Sicherstellung der Steuer berechnet und auf gerichtliche Schätzung nicht bedrungen. Von diesem Werthe werden zwei Drittel bei Grundstücken und ein Halb bei Gebäuden als Pignarficherheit anerkannt. Die Steuercreditirung wäre nicht für ein Jahr, sondern für mehrere Jahre zu bewilligen und eine Erinnerung der Sicherstellung so lange nicht zu fordern, als nicht Umstände eintreten, welche den Werth derselben in einer die Sicherheit der Steuerforderung des Staatsschatzes gefährdenden Weise ändern. Gegen Verpfändung des erzeugten Branntweins solle auch eine Verlängerung des allgemeinen Steuercredits um zwei Monate gewährt werden. (Einhellig.) Der Antrag, auch die vorhandenen Werkstätten als Hypothek anzunehmen, wird nicht bevorzugen. (15 Stimmen gegen 1.) Ebenfalls wird die Steuercreditirung gegen Solibarhaftung mehrerer Brenner als ausführbar und im weiteren Umfange nützlich erkannt. (Einhellig.) Die Bewilligung eines Escompte für die baar entrichtete Steuer kann als von größerer Tragweite der hohen Staatsverwaltung lediglich zur Erwägung unterbreitet werden. (Einhellig.)

11. Als ein kräftiges Mittel zur Hintanhaltung von Verkürzungen der Verzehrssteuer wird erkannt, daß absichtliche Verkürzungen dieser Art nach den allgemeinen Strafgesetzen und von den allgemeinen Strafgerichten als Betrug geahndet werden. (Einhellig.)

12. Ein weiteres durchgreifendes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist die Reform der Finanzwache in der Richtung, daß durch Verminderung ihrer Zahl eine bessere Bezahlung und eine strengere Auswahl derselben erzielt werde. (Einhellig.)

13. Die hohe Staatsverwaltung ist auf den unerlaubten Handel aufmerksam zu machen, der mit dem in der Militärgränze angeblich zum eigenen Gebrauche in unbeschränkter Menge steuerfrei erzeugten Branntwein nach den benachbarten Kronländern getrieben wird. (Einhellig.)

△ **Wien, 10. März.** So weit die Veröffentlichung von diplomatischen Actenstücken und die Reden englischer Minister und Parlamentsglieder die politische Situation aufklären können, hätten wir allerdings Licht genug. Nur leuchtet dieses Licht nicht für die Zukunft, selbst nicht für die nächste, rückblickend der Rolle, welche Frankreich, dessen morgen und übermorgen auch in Toscana die Abstimmung für die Annexion ausfällt, in Italien spielen wird. Hierüber herrscht das tiefste Geheimniß. Den Ergebnissen der freien Abstimmung in Toscana wird es, weil die gegenwärtige Regierung Frankreichs selbst aus dem Abstimmungsprincip ihren Herrschaftstitel herleitet, kaum entgegenstehen und ebenso wenig wird es, obgleich man das Gerücht hiervon verbreitet, das Occupationsherr der Lombardie heimsuchen. Ob aber es in diesem Lande bleibt, oder ob es, unter dem Vorwande, den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Romagnolen und den päpstlichen Truppen wirksam zu hindern, mit einem Theile der Romagna besetzt wird, darüber gibt es nur Vermuthungen. Wenn letzteres geschieht, läßt es sich zwar unter einer gewissen wohlwollenden Färbung darstellen, aber die Thatsache wäre doch, daß hierdurch eine strategische Bedrohung Benedigs erfolgt und Frankreich mitten im Frieden eine Position gewinnt, die es in dem nicht wahrscheinlichen, aber doch möglichen Fall eines Krieges trefflich ausnützen kann. Man hat daher alle Ursache mit gespannter Erwartung den Beschlüssen der französischen Regierung rücksichtlich der Occupationarmee unter dem Marschall Baidant entgegen zu sehen.

### Österreichische Monarchie.

**Wien, 11. März.** Se. Majestät der Kaiser geruhten gestern (Samstag) um 2 Uhr das Atelier und Gusshaus des Bildhauers Fernkorn zu besuchen und die Reiterstatue weiland des Erzherzogs Karl zu betrachten, die zum ersten Male vom Gerüste befreit in ihrer Totalwirkung in demselben Räume gesehen werden konnte, in dem vor wenigen Jahren das Modell gearbeitet und aufgestellt wurde. Se. Majestät der Kaiser verweilten längere Zeit in dem Atelier und beglückten den Künstler mit huldreichen Worten der Anerkennung. — Am demselben Nachmittage besuchten Ihre k. Hoheiten die durchlauchtigsten Frauen Erzherzoginnen Sophie und Marie und die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Ludwig Viktor, Ludwig, Wilhelm und Rainer das Atelier Fernkorn's.

Ihre Majestät die Kaiserin haben dieser Tage das in der Vorstadt Gumpendorf gelegene Spital der barmherzigen Schwestern mit einem Besuche zu beglücken, sämtliche Räume desselben zu besichtigen und die allergnädigste Theilnahme sowohl für die in ärztlicher Behandlung befindlichen Pflinglinge, als auch insbesondere für die in ihrem schweren Berufe erkrankten Schwestern auszusprechen geruht.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Albrecht wird sich, wie die „A. Z.“ berichtet, in nächster Woche wieder nach Ofen begeben.

Der Herr Erzbischof von Lemberg ist in Begleitung des Herrn Bischofs von Przemyśl von Lemberg hier angekommen.

Der Verwaltungsrath der k. k. priv. Creditanstalt für Handel und Gewerbe erläßt folgende Bekanntmachung: Nachdem über Herrn Franz Richter, Hauptdirector der Anstalt, eine gerichtliche Untersuchung verfügt worden ist, bezieht sich der unterzeichnete Verwaltungsrath hiemit zur Beruhigung der Herren Actionäre und des Publikums bekannt zu machen, daß dieser bedauerliche Vorfall in keinem Zusammenhange mit den Geschäften der Anstalt stehe, daß diese sich vielmehr in der vollkommensten Ordnung befinden, und daß mithin die über obgenannten Herrn verhängte Untersuchung nur dessen persönliche Verhältnisse betreffen könne. Für den ungestörten regelmäßigen Fortgang der Geschäfte der Anstalt sind somit die genügenden Vorkehrungen getroffen worden. Wien, den 10. März 1860. Wie die „Österr. Ztg.“ hinzufügt, findet diese Erklärung der Creditanstalt auch auf jene Einfäufe von Getreide und anderen Gegenständen, welche die Anstalt für Rechnung des Aarars gemacht hat, Anwendung. Wie der „Fortschritt“ meldet, steht die Verhaftung des Herrn Franz Richter mit der gegen den (mittlerweile verstorbenen) FML. Eynatten eingeleiteten Untersuchung in Verbindung.

Aus Anlaß der Weigerung der Behörden des Fürstenthums Serbien, die von den kaiserlich österreichischen Gerichten bewilligten Exekutionsakte daselbst zu vollziehen, wurden sämtliche Gerichte der Monarchie angewiesen, gegenüber den serbischen Gerichten die strengste Reziprozität zu beobachten und auf von denselben gesällte ungerichtliche Erkenntnisse keine Exekution zu ertheilen.

Für die aus der Olmüßer Erzdiocese nach Rom geschickten Liebesgaben hat, wie wir den „Neuesten Nachrichten“ entnehmen, der heilige Vater bereits durch ein Schreiben des apost. Nuntius in Wien seine Anerkennung ausgedrückt. In dem betreffenden Schreiben bemerkt der Herr Nuntius, der heilige Vater sei sehr erfreut über die frommen Beiträge, fürchte aber, daß sie den ärmeren Klassen in der rauhen winterlichen Zeit lästig fallen könnten, er wünscht lieber, daß die wohlhabenden Katholiken der päpstlichen Regierung gegen ganz geringe oder auch ohne Interessen Geld leihen wollten. Es werden zu diesem Behufe Schuldschreibungen pr. hundert Cubi verkauft sein. — Von diesen Schuldschreibungen sichert nun das Olmüßer Consistorium 5 pCt. Interessen zu.

Auf die neulich erwähnte Bitte des Droppauer Gemeinderathes, der schlechte öffentliche Con-

vents-Ausschuß möge sich um die Belassung der Landesregierung für Schlessien verwenden, hat der Convents-Ausschuß erwiedert, daß er nicht competent sei, ein solches Anliegen im Namen des Landes zu vertreten, da ihm seit dem Jahre 1851 nicht die Landesvertretung, sondern nur die regelmäßige Abwicklung der ihm obliegenden Geschäfte anvertraut sei. Der Ausschuss hat übrigens seine Sympathien für den Antrag des Gemeinderathes ausgedrückt und es ist wahrscheinlich, daß, wenn eine diesfällige Adresse an die Regierung gerichtet werden sollte, fast alle Mitglieder des Ausschusses in ihrer privaten Eigenschaft sich daran betheiligen werden.

Fünf Prager Geschäftshäuser haben dem k. k. Finanzministerium einen gemeinschaftlichen Kaufantrag in Betreff der Staatsdomäne Bzibow gestellt. Dieselben bieten einen Kaufpreis von 6 Millionen Gulden, worauf sie ein Drittel (gleich, den Ueberrest der jährlichen Raten zu 1 Mill. bezahlen würden. Das diesfällige Einschreiten ist noch nicht erledigt. Die Domäne hat gegenwärtig, nachdem Königshof an Se. Durchl. den Fürsten Fürstenberg abverkauft und ein anderer Domänenheil zu Przbiam zugetheilt wurde, eine Areal von circa 35,000 Joch, worunter 30,000 Joch Waldungen. Als die Herrschaft noch einen Ausmaß von 47,000 Joch hatte, wurde sie auf nahe 9 Millionen Gulden abgeschätzt. Die Angabe des „Pesth. Bl.“, daß die Kaufsantragsteller die Domäne zu parcelliren und in kleineren Partien wieder zu verkaufen beabsichtigen, ist gänzlich unbegründet.

Die „D. D. Z.“ schreibt: In der Eprieiser Superintendenz-Aussch. Confession haben sich die Kirchengemeinden Derencseny, Murany, Hossure, Ujovasar, die k. Bergstädte Remete (Einsiedl) und Schölnitz, dann die Kirchengemeinde Kis-Bonny bereits auf Grund des allerhöchsten Patentes vom 1. September 1859 koordinirt.

In Verona ist, wie der „Trierer Ztg.“ geschrieben wird, ein Falschwerber vor einigen Tagen mit seinen Versuchen, k. k. Soldaten zum Treubruche zu verleiten, übel angekommen. Derselbe hatte sich nämlich vier Soldaten eines dort garnisontirenden ungarischen Regiments dazu ausersehen, die projectirte, in Mailand zu errichtende ungarische Legion zu verwechseln. Die Verabreichung eines reichlichen Mahles, wo der Wein in Strömen floss, bildete den Eingang zu dem Manöver, und als er seine Gäste hinlänglich beaufacht glaubte, rückte er mit seinem Antrage heraus und versprach jedem zehn Francs gleich und zehn Fre. den nächsten Morgen, wenn sie sich der erwähnten Legion einverleiben und mit Hilfe der ihnen zugesicherten Mittel zu desertiren einwilligten wollten. Scheinbar gelang der Plan über alles Erwarten schnell und gut, die Magyaren erklärten sich bereit, auf den Vorschlag einzugehen, nahmen das Handgeld in Empfang und wurden für den nächsten Tag vor Porta Vesovo bestellt, wo sie auch pünktlich eintrafen, um den Werber zu arretiren und der Behörde zu übergeben. Seit diesem Vorfall ist das Vertrauen auf die Fratelli Ungaresi sehr erschüttert.

Vor einigen Tagen fand auf einer Donauinsel, welche in früheren Zeiten zum serbischen Fessland gehört haben soll, jetzt aber laut Verträgen österreichisches Gebiet ist, ein blutiger Zusammenstoß zwischen serbischen Bauern, die auf jener Insel Holz stehlen wollten, und einer Patrouille des Grenzmilitärs statt. Vier Serben wurden in diesem Kampfe erschossen, die Österreicher haben einen Leichtverwundeten. Ein hinzugeeiltes Kanonenboot kam zu spät an. Besagte Insel gehört jetzt zum Deutsch-Banater Grenzbezirk, und wurden von derselben im verfloffenen Jahr, da die Donau fest gefroren war, über 1000 Kaster Holz ausgeführt.

### Deutschland.

An das preussische Abgeordnetenhaus wurde am 6. d. eine Petition in Sachen Schleswigs abgegeben, die von Berlin ausgegangen und von einer namhaften Anzahl dortiger Einwohner Droyßen, Mommsen, Birchow, Jakob Grimm, G. Weseler u. A., unterschrieben, dahin geht: „Die k. Kammer wolle die Regierung Sr. Majestät des Königs auffordern, Kenntniß davon zu nehmen, ob und in wie weit die in den Verhandlungen vom Januar 1851 mit der k. dänischen Regierung in Betreff des Herzogthums Schleswig festgestellten Bedingungen in Ausführung gekommen und das Erforderliche veranlassen, daß, wo dieselben unausgeführt gelassen worden, die von der Krone Preußen mitgarantirte Erfüllung derselben endlich stattfindet.“

Die Petition eines Herrn v. Poleski zu Zuchin bei Zerespol, die dahin gerichtet ist, „eine gründliche Sichtung des Beamtenstandes und die Entlassung der reactionären Beamten“ zu veranlassen, hat den Minister des Innern zu einer offenen Darlegung der Grundsätze bestimmt, durch welche das Ministerium sich leiten lasse. Der Minister lehnte jede Discussion über den angeregten Gegenstand in der Petitionscommission ab und erklärte: daß die Regierung, was die aus der früheren Verwaltung übernommenen Beamten anlange, nicht danach frage, wie sie sich politisch verhalten; daß sie eine Verfolgung von Beamten wegen politischer Ansichten nicht gut heiße und nicht eintreten lassen werde, daß sie dagegen von ihren Beamten unbedingt Gehorsam in ihren Amtsverrichtungen fordere und sich diesen nach Möglichkeit zu verschaffen wissen werde. Hierbei sei sich die Staatsregierung sehr wohl ihrer Verantwortlichkeit für die Art und Weise der Ausführung ihrer Verwaltungsmaßregeln und ebenso dessen bewußt, daß dem Lande gegenüber nicht der einzelne Beamte, sondern der vorgelegte Minister verantwortlich zu machen sei. Nach lebhafter Discussion verfiel der aus der Commission hervorgegangener Antrag, welche den Zweck hatten, die Competenz des Landtages zur Einwirkung auf die politische Haltung der Beamten zu wahren, entschloß man sich doch einstimmig zur

Tagesordnung überzugehen. In Betreff der von dem Minister des Innern, Grafen Schwerin, vorgelegten Declaration des Pressegesetzes, wonach der Verlust der Befugniß zu einem Pressgewerbe nur durch richterlichen Spruch eintreten kann, hat die Commission einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes vorgeschlagen. In einem Falle, der bei Gelegenheit einer Petition zur Sprache kam, hat die Commission des Abgeordnetenhauses den Grundsatz aufgestellt: „daß einem Blinden die Concession zur Buchdruckerei nicht ertheilt werden könne, da er dem Erforderniß des §. 1. des Pressegesetzes zu genügen außer Stande sei. Ueberdies sei ein Blinder zur Ausübung der im zweiten Abschnitt des Gesetzes (Ordnung der Presse) dem Besitzer einer Buchdruckerei auferlegten Pflichten so ungeeignet, daß die Staatsregierung berechtigt sein würde, einem im Besitze der Concession befindlichen Druckherrn dieselbe zu entziehen, sobald er sein Augenlicht verloren habe.“

Die Ehegesetz-Commission des Hauses der Abgeordneten hat den Entwurf des Ehegesetzes genau so wieder angenommen, wie er aus den vorjährigen Beschlüssen des Hauses hervorgegangen ist, und wie ihn die Regierung in diesem Jahre dem Herrenhause vorgelegt hat. Es ist also in der Commission die facultative Civil-Ehe wieder hergestellt worden und das Haus wird sie höchst wahrscheinlich auch annehmen. Dann geht das Gesetz so wieder an's Herrenhaus.

Die Commission zur Vorberathung des Entwurfs wegen Aufhebung der Wuchergesetze hat durch den Abg. v. Sanger Bericht erstattet. Der ganze Entwurf ist mit 15 gegen 4 Stimmen von der Commission angenommen worden. Folgende Resolution: „Die Erwartung auszusprechen, die hohe Staatsregierung wolle die in Beziehung des Hypothekenwesens und Substitutions-Verfahrens, so wie der Bank-Institute bestehenden Erschwerungen im Interesse des Real-Credits zu beseitigen und die Errichtung von Real-Credit-Instituten zu fördern suchen,“ ward mit 17 gegen 2 Stimmen zum Beschlusse erhoben, nachdem jedoch ausdrücklich erklärt worden war, daß diese Resolution nicht etwa als eine conditio sine qua non für die Annahme des Gesetzes gelten solle.

Die „Magd. Ztg.“ schreibt: „Die Opposition gegen die Regierung hinsichtlich der Militär-Vorlage ist im Wachsen. Während kürzlich die Herren v. Carlomag und v. Bardeleben einstimmig in den Vorstand der Fraction Mathis gewählt wurden, erhielt der eigentliche Führer, der aber als zu ministeriell bei seiner Partei jetzt stark discreditirt ist, nur knapp die Mehrheit. In der Militär-Commission verlangte ein Mitglied Appell ans Land; der greise Finanzmann Kühne widersetzte sich jeder Armee-Reform, so lange nicht die Mittel zu ihrer Beschaffung nachgewiesen seien.“ Der militärische Correspondent der „M. Z.“ schreibt über die Heeresvorlage: „Es kann nicht geleugnet werden, daß die üble Stimmung gegen die neue Militärvorlage noch fortbauert im Wachen begriffen ist, ja daß namentlich die Agitation wider das eigentliche Fundament derselben, die dreijährige Dienstzeit, jetzt etwas planmäßiger angenommen hat; und die neue Creditforderung von 25 Millionen binnen zehn Jahren für die Marine, welche, wie verlautet, von der Regierung ebenfalls noch in dieser Session bei dem Landtage eingebracht werden wird, dürfte nun vollends wider die Regierungs-Abichten einnehmen.“

Ein badiisches Blatt schreibt: Als Illustration zu dem beantragten Pferde-Ausfuhrverbot diene folgende, von einem Franzosen mir berichtete Thatsache. Als die Regierung im verfloffenen Frühjahr das Pferde-Ausfuhrverbot proclamirte, konnte man denselben noch lange nachher vor der Artillerie-Kaserne zu Straßburg die schönsten Pferde aus Deutschland täglich verkaufen sehen. Um diesen Schmuggel zu betreiben, wurden dieselben vor Frachtwagen gespannt, und vor der Nase der deutschen Grenzwächter zu Rehl täglich, so lange das Ausfuhrverbot bestand, über die Rheinbrücke nach Straßburg geführt, wo sie öffentlich unter den beliebten französischen Wigen über die „dummen Deutschen“ vor der Artillerie-Kaserne an französische Händler verkauft wurden.

### Frankreich.

**Paris, 7. März.** Der „Moniteur“ enthält ein Dekret, wonach die auf 84,750 Fr. veranschlagten Arbeiten zum Schutze der Stadt Moulins gegen Ueberschwemmungen durch die Allier vorgenommen werden sollen. — Ein zweites Dekret verordnet Verbesserungs-Arbeiten auf der Unter-Saronne im Anschlag von 1,900,000 Fr. Ein drittes Dekret ordnet die Herstellung von landwirtschaftlichen Straßen im Andre-Departement an. — Gestern ist an die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers der Gesetzentwurf vertheilt worden, welcher die Reduktion des Contingents von 140 auf 100,000 Mann betrifft. — Es heißt, Graf Persigny werde nächsten Sonntagabend hier eintreffen und den Sonntag über in Paris verbleiben, um mit dem Kaiser mündlich zu verhandeln. Herr Thouvenel vermeidet es, Mitglieder vom diplomatischen Corps zu empfangen, was, wie man vermutet, auch aus dem Grunde geschieht, weil er augenblicklich noch nicht in der Lage ist, die erwünschten Erklärungen zu geben. Heute ist im Ministerrathe über die italienischen Angelegenheiten verhandelt worden, und man glaubt, es sollten wichtige Beschlüsse gefaßt werden, die sich auf die französischen Truppen in Italien bezögen. Auch von einem Memorandum der päpstlichen Regierung wird gesprochen: dasselbe soll in der Form eines Hirtenbriefes abgefaßt sein und die Communication des Königs von Savoyen in nahe Aussicht stellen. Herr v. Montebello soll in seinen Depeschen melden, er habe von Fürst Gortschakow die bestimmtesten Versicherungen erhalten, daß der angelegte Allianz-Vertrag zwischen Rußland und Oesterreich eine reine Erfindung sei;



In der Buchdruckerei des „OSAR“  
 Buchdruckerei-Gesellschaft: Anton Rother.







Amtsblatt.

N. 13904. Edict. (1388. 2-3)

Vom k. k. Kreisgerichte zu Tarnów wird hiemit zur Kenntniß gebracht, daß zur Hereinbringung der von der Masse der Helena Gräfin Tarnowska — rücksichtlich deren dem Namen und Wohnorte nach unbekannten Erben mittelst Urtheil des beständigen Tarnower Magistrats vom 31. December 1855 Z. 3601 wider Marie, Johann und Josefa Schaffer, dann die Eheleute Ludwig und Anna Danesch erstiegten Summe von 600 fl. C.M., oder 630 fl. 3. W. sammt 5% vom 2. April 1849 laufenden Zinsen, der Gerichtskosten pr. 15 fl. 52 fr. C.M. oder 16 fl. 27 fr. 6. W., dann der Executionskosten pr. 5 fl. 41 fr. C.M. oder 5 fl. 96 fr. 6. W., ferner zur Befriedigung der weiteren mit dem Bescheide vom 16. Februar 1859 Z. 368 in dem Betrage von 11 fl. 30 fr. 6. W. und der hiermit für das gegenwärtige Geschäft in dem Betrage von 23 fl. 96 fr. 6. W. zurkannten Executionskosten, — die executive Feilbietung der in Tarnów sub Nr. 45 gelegenen, dem Johann Schaffer gehörigen Realität sammt dem vom Johann Polnar zugekauften Gartenantheile bewilligte und diese Feilbietung unter Einem mittelst Edicten in drei Terminen auf den 26. März, 30. April und 31. Mai 1860 jedesmal um 10 Uhr Vormittags unter nachstehenden Bedingungen ausgeschrieben:

1. Zum Ausrufspreise der im Tarnów sub Nr. 45 gelegenen Realität wird der gerichtliche Schätzungspreis dieser Realität pr. 6728 fl. 4 1/2 kr. 6. W. angenommen.
2. Diese Realität wird in 3 Terminen, und zwar nur um oder über den Ausrufspreis feilgeboten werden.
3. Sollte diese Realität in diesen drei Terminen über oder wenigstens um den Schätzungswert nicht verkauft werden können, so wird zur Vernehmung der Hypothekargläubiger Behufs Feststellung erleichternden Bedingungen eine Tagfahrt bestimmt, sofort ein 4ter Feilbietungstermin ausgeschrieben, und an diesem die in Execution gezogene Realität auch unter dem Schätzungswerte veräußert werden.
4. Jeder Kauflustige ist gehalten, 10% des Schätzungspreises als Anzahl im Baaren oder in galiz. Pfandbriefen oder in 5% galiz. S.-C.-Obligationen, oder in öffentlichen Schuldverschreibungen, diese Papiere jedoch nach dem Kurswerthe zu Händen der Licitationscommission zu erlegen. Das bar erlegte Vadium wird dem Ersteher in den Kaufpreis eingerechnet, das in öffentlichen Schuldverschreibungen erlegte Vadium gegen Erlag der diefallsigen Summe im Baaren binnen 8 Tagen nach dem Licitationsacte zurückgestellt. Den Mitlicitanten werden die Vadium nach beendigter Licitation von der Licitationscommission zurückgestellt.
5. Der Ersteher ist verpflichtet binnen 30 Tagen nach Bestätigung des Licitationsactes den 1/2 Theil des Kaufpreises mit Einrechnung des Vadiums an das gerichtliche Deposit zu erlegen, worauf ihm auch ohne sein Verlangen der physische Besitz der angekauften Realität wird übergeben werden.
6. Seit dem Tage der Uebernahme des physischen Besitzes ist der Käufer verpflichtet von den 1/2 Theile des Kaufpreises, so bei ihm belassen werden, die 5% Zinsen halbjährig in Voraus an das gerichtliche Deposit zu zahlen, und seit dieser Zeit die Landesfürstlichen Steuer und alle Kommunalabgaben von der erkauften Realität zu entrichten.
7. Die bei ihm belassenen 1/2 Theile des Kaufpreises, ist der Ersteher gehalten binnen 30 Tagen nach Rechtserbste der Zahlungsordnung an das gerichtliche Deposit zu zahlen oder sich diefalls mit den Gläubigern und dem Eigenthümer der verkauften Realität anders zu verstehen und sich von dem Gerichte in diesem Termine diefalls auszuweisen.
8. Wenn die auf der zu versteigern den Realität verpflichteten Gläubiger die Befriedigung ihrer Forderungen vor der allenfalls vorgesehenen Aufkündigung nicht annehmen wollten, so wird der Meistbietende gehalten sein die auf den Gütern haftenden Schulden in soweit sich der Kaufpreis erstrecken wird, zu übernehmen.
9. Sobald der Ersteher diesen Bedingungen Genüge geleistet haben wird, wird ihm das Eigenthumsdecret der erkauften Realität auf seine eigene Kosten ausgesetzt und derselbe als Eigenthümer dieser Realität intabulirt, die intabulirten Schulden mit Ausnahme der ad 8. erwähnten aber auf den Kaufpreis übertragen und aus der Realität gelöscht werden.
10. Sollte der Ersteher diesen Bedingungen pünktlich nicht erfüllen, so wird auf seine Gefahr und Unkosten die Licitation ausgeschrieben, und die Realität in einem einzigen Termine um welchen immer für einen Preis verkauft.
11. Die Vermögens- Uebertragungsgebühr an das hohe Aera ist der Ersteher aus Eigemem ohne Regressnahme zu zahlen verpflichtet.
12. Es steht dem Kauflustigen frei den Schätzungs- und den Grundbuchauszug in der gerichtlichen Registratur einzusehen.

Von dieser Licitation werden: Die Masse der Helena Gräfin Tarnowska, Johann Schaffer und alle diejenigen Gläubiger welche etwa seit dem 10. October 1859 Hypothekrechte auf die zu veräußernde Realität erworben wurden, mittelst des ihnen hiemit in der Person

des Advokaten Dr. Kański mit Substituierung des Advokaten Dr. Jarocki bestellten Curators verständigt. Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnów, am 23. November 1859.

3. 12.666. Edict. (1439. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird hiemit bekannt gemacht, es werde im Executionswege der Urtheile des h. o. k. k. Kreisgerichtes vom 7. August 1856 Z. 1008 A., des k. k. Oberlandesgerichtes in Krakau vom 15. Juni 1858 Z. 7493 B. und des k. k. Obersten Gerichtshofes vom 1. Februar 1859 Z. 1113 C. zur Hereinbringung der von den Erben nach Stanislaus Piotrowski, als Aloisie de Cerasoma Piotrowska, Ubele de Piotrowskie Gräfin Firman und Dr. Gustav Piotrowski gegen Frau Apolonia 1. Ehe Kosiniska, 2. Ehe Cichowska auf Grund der Urtheile des h. k. k. Oberlandesgerichtes vom 15. Juni 1858 Zahl 7493 und des h. k. k. Obersten Gerichtshofes vom 1. Februar 1859 Z. 1113 unbedingt erstiegter Forderung von 1000 fl. C.M. sammt 4% vom 12. October 1847 von der Hälfte dieser Summe und vom 12. October 1849 von der anderen Hälfte dieser Summe laufenden Zinsen, dann der gegenwärtig mit 16 fl. 40 fr. österr. Währung zuerkannten gemäßigten Executionskosten die gerichtliche öffentliche Feilbietung der ob den Gütern Mezana dolna, Sandecr Kreises, dom. 274 pag. 316 n. 18 on. zu Gunsten der Frau Apolonia 1. Ehe Kosiniska, 2. Ehe Cichowska hypothetischen, für die equirette Forderung der Erben nach Stanislaus Piotrowski, instr. 163 pag. 125 n. 7 on. durch Pränotation bereits gepfändeten Summe per 833 1/3 fl. holl. sammt Nebengebühren in zwei Terminen: am 26. März 1860 und 25. April 1860, jedesmal um 10 Uhr Vormittags im hierortigen Kreisgerichtesgebäude abgehalten werden:

- a) Als Ausrufspreis wird der Nominalwerth dieser Summe, d. i. 833 fl. holl., oder der diesem Nominalwerthe entsprechende aus dem in der amtlichen Wiener oder Krakauer Zeitung ersichtlich gemachten letzten Course hervorgehende Werth in österr. Währung festgesetzt.
- b) Jeder Licitationslustige hat als Vadium zu Händen der Licitations-Commission den 10. Theil des Nominalwerthes der fraglichen Summe im runden Betrage per 72 fl. holl. oder den diesem entsprechenden Werth, welcher aus dem wie oben nachgewiesenen letzten Course zu entnehmen sein wird, in österr. Währung im Baaren oder in galizischen Grundentlastungs-Obligationen, diese ebenfalls nach dem wie oben nachzuweisenden letzten Borse-Course berechnet, zu erlegen. Dem Ersteher wird das baare Vadium in den Kaufpreis eingerechnet, den übrigen Kauflustigen aber nach geschlossener Licitation allföglig zurückgestellt.
- c) Der Meistbiether ist verpflichtet, binnen 30 Tagen, nachdem ihm der h. g. Bescheid, welcher die vorgenommene Licitation genehmigen wird, zugestellt sein wird, den ganzen Kaufschilling, nach Abschlag des im Baaren erlegten Vadiums, in's gerichtliche Deposit zu erlegen, worauf ihm die als Vadium etwa erlegten Grundentlastungs-Obligationen werden ausgefolgt werden.
- d) Nach Erlag des ganzen Kaufschillings wird dem Meistbiether das Eigenthumsdecret zu dieser Summe ausgefolgt, und derselbe jedoch auf eigene Kosten als Eigenthümer derselben Summe im Eigenthumsstande dieser Summe und im Passiv-Stande der Güter Mezana dolna bezugbar auf die Lastenposten n. 8, 16, 18 on. intabulirt werden.
- e) Gleichzeitig mit der Intabulation des Käufers als Eigenthümers dieser Summe werden alle auf dieser Summe haftenden Lasten etabulirt und auf den Kaufschilling übertragen werden.
- f) Falls der Käufer in dem im Abs. c) bezeichneten Termine den Kaufschilling zu erlegen verabsäumen würde, so wird die Summe auf Verlangen der Interessenten oder eines derselben in einem Termine auf Gefahr und Kosten des Käufers um was immer für einen Preis verkauft.
- g) Sollte diese Summe in den obbezeichneten Terminen nicht verkauft werden, so wird dieselben im dritten nach der auf den 25. April 1860, 4 Uhr Nachmittags zur Einvernahme der Supererantanten wegen Festsetzung erleichternder Bedingungen der Feilbietung hiemit anberaumten Tagfahrt festzusetzenden Termine um was immer für einen Preis veräußert werden.

Hievon werden der dem Leben und Wohnorte nach unbekannte Anton Juszcakiewicz, endlich alle diejenigen, welche nach dem 18. April 1859 das Hypothekrecht ob dieser Summe erlangt haben sollten, oder denen der Feilbietungsbescheid nicht zeitgerecht zugestellt werden könnte, durch den zu ihrer Vertretung unter Einem in der Person des Advokaten Dr. Rosenberg mit Substituierung des Advokaten Dr. Grabczyński aufgestellten Curators — verständigt. Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnów, am 14. Dezember 1859.

N. 1089. Edict. (1408. 2-3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau werden in Folge Einsichtens der Frau Johanna de Dziembowskie Dunin bürgerlichen Besitzers und Bezugsberechtigten des im Wadowicer Kreise liegenden in der Landtafel dom. 302 pag. 102 n. 8 h. vorkommenden Gutes Klecza dolna Behufs der Zuweisung des laut Erlasses der Krakauer k. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom

10. März 1855 Z. 2970 für obige Gut Klecza dolna bewilligten Urbatal-Entschädigungs-Capitals pr. 5673 fl. 25 kr. C.M. diejenigen, denen ein Hypothekrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 15. Mai 1860 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

- Die Anmeldung hat zu enthalten:
- a) die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisirte Vollmacht beizubringen hat;
  - b) den Betrag der angesprochenen Hypothekforderung, sowohl bezüglich des Kapitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrechte mit dem Kapitale genießen;
  - c) die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschehene Zustellung, würden abgesendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß Derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde so angesehen werden wird, als wenn er in die Ueberweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capitals-Vorschuß nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Ueberweisung auf den obigen Entlastungs-Capitals-Vorschuß auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungs-Capitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist Versäumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erscheinenden Beteiligten im Sinne §. 5 des kaiserlichen Patenten vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patenten vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist. Krakau, am 7. Februar 1860.

3. 344. Edict. (1387. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird den, dem Leben und Aufenthalte nach unbekannten Mitbelangen, als: Ladislaus Graf Stadnicki, Josefa Gräfin Stadnicka geborne Fürstin Jablonowska, Bronislaus Graf Stadnicki, Constantia Gräfin Stadnicka, Anna Gräfin Malachowska geborne Gräfin Stadnicka, Thelma Gräfin Stadnicka geb. Gräfin Stadnicka und eventuell deren Erben mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es haben wider dieselben Hr. Felix Wnorowski wegen Lösung des über den Gütern Rybie oder Rybie stare dom. 18 pag. 455 n. 1 on. u. zu Gunsten des Franz Grafen Stadnicki intabulirten Pfandrechtes der Summe pr. 20,594 fl., 5687 fl. 15 gr., 1523 fl. 12 gr. ferner der Summe pr. 25,000 fl. f. N. G. sowie der daselbst angemarkten Sequestration und Antarkation und dem Lastenstande jener Güter unterm 9. Jänner 1860 Z. 344 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber auf den 12. April 1860 um 9 Uhr Vormittags zur Verhandlung bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten und ihr Leben unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu ihrer Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hr. Dr. Rosenberg mit Substituierung des Landes-Advokaten Hr. Dr. Kaczkowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Kreisgerichte. Tarnów, am 19. Jänner 1860.

N. 2588. Edict. (1407. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem Hr. Franz Waniory mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider der Hr. Franz Waniory die Fr. Henriette Schornstein unterm 16. Februar 1860 Z. 2588 eine Wechselklage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit hiergerichtlichem Beschlusse vom heutigen eine Zahlungsaufgabe an Hr. Franz Waniory der Wechselsumme von 600 fl. B. W. sammt 6% Zinsen vom 10. October 1858 und Gerichtskosten im Betrage von 6 fl. 60 kr. erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu Krakau in Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hr. Dr. Samelsohn mit Substituierung des Advokaten Hr. Dr. Blitfeld als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach dem Wechselverfahren verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen,

oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Vertreter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 20. Februar 1860.

N. 936. Edict. (1418. 2-3)

Vom k. k. Rozwadower Bezirksamte als Gericht wird dem seit dem Jahre 1806 abwesenden Andreas Czorepak von Sokolniki bekannt gemacht, daß über Ansuchen des Mathäus Czorepak um dessen Todeserklärung, für ihn Thadäus Regas von Sokolniki auf seine Gefahr und Kosten zu Curator bestellt wurde. Zugleich wird Andreas Czorepak und alle diejenigen, welche von seinem Leben oder Tode eine Kenntniß haben, aufgefordert, ersterer binnen einem Jahre zu erscheinen, oder diesem Gerichte, oder dem besagten Curator von sich Nachricht zu geben, letztere hingegen ihre allenfällige Kenntniß diesem Gerichte, oder dem Curator in derselben Frist mitzutheilen, weil man widrigens, über neuerliches Einschreiten, zu dessen Todeserklärung und Verlassenschaftsabhandlung schreiten würde.

K. k. Bezirksamt als Gericht. Rozwadów, am 31. December 1859.

3. 2712. Edict. (1415. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Dąbrowa wird bekannt gemacht, daß am 29. Mai 1859 zu Radgoszcz Vincenz Josef Bogumit 3 N. Rybczyński gewesener Mandatar und Antheilhaber des Gutes Radgoszcz mit Hinterlassung eines schriftlichen Testaments ddo. Radgoszcz 22. November 1858 in welchem er seinen Neffen Hr. Leopold Witkowski zum Universalerben einsetzte, gestorben ist.

Nachdem dieser Erbe unterm 30. November 1859 auf diesen, bloß aus Actioforderungen bestehenden Nachlaß verzichtet hat, und dem Gerichte unbekannt ist, ob und welchen Personen auf diese Verlassenschaft ein gesetzliches Erbrecht zusteht, so werden alle diejenigen, welche hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, ihr Erbrecht binnen einem Jahre, von dem unten gesetzten Tage gerechnet, bei diesem Gerichte anzumelden und unter Ausweisung ihres Erbrechtes ihre Erbschaftserklärungen anzubringen, widrigensfalls die Verlassenschaft, für welche inzwischen Hr. Leopold Witkowski als Verlassenschaftscurator bestellt worden ist, mit jenen die sich werden erbserklärt und ihren Erbrechtstitel ausgewiesen haben, verhandelt und ihnen eingetantwortet, der nicht angetretene Theil der Verlassenschaft aber, oder wenn sich Niemand erbserklärt hätte, die ganze Verlassenschaft in Gemäßheit des §. 760 des all. b. G. B. jedoch mit Beobachtung des §. 726 des all. b. G. B. vom Staate als erblos eingezogen würde.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht. Dąbrowa, am 4. December 1859.

3. 1802. Edict. (1416. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Radłów wird den liegenden Verlassenschaften des Andreas, des Kaspar und des Stanislaus Chuchro respective den präsumtiven Erben derselben bekannt gemacht: Anna Chuchro verheirathet Kurtyka und Agnes Chuchro haben gegen die Erben des Johann Chuchro und gegen die obbenannten Massen unterm 23. August 1859 Z. 1802 die Klage wegen Annullirung der letzten Anordnung des Laurenz Chuchro ddo. 22. November 1827 ausgetragen.

Den präsumtiven Erben des Andreas, des Kaspar, des Stanislaus Chuchro wird zur Vertretung derselben ein Curator in der Person des Josef Latocha Insassen aus Łęki aufgestellt, mit welchem die fragliche Rechtsache Namens der besagten Massen wird verhandelt werden. Die Erben derselben werden aufgefordert, rechtzeitig sich mit ihrem Curator ins Einvernehmen zu setzen, oder aber dem Gerichte einen anderen Sachwalter namhaft zu machen, widrigens sie sich selbst die Folgen der Versäumung zuschreiben müßten.

K. k. Bezirksamt als Gericht. Radłów, am 19. November 1859.

N. 609. Concurs-Ausschreibung. (1413. 2-3)

Bei dem Magistrate der Stadt Neu-Sandez ist der Dienstposten eines städtischen Försters in Erlebigung gekommen, und gegen einen Vertrag besetzt werden wird. Der Jahresgehalt beträgt 210 fl. 6. W. nebst einem Pferdpauschale von 52 fl. 50 kr. 6. W., dem üblichen Kanlei-Pauschale und dem Genuße einer freien Natural-Wohnung sammt Wirtschafts-Gebäude, einem Ackergrunde von beiläufig 2 Koros Aussa, und neun Klafter weichen Brennholzes sammt Zufuhr.

Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre gehörig instruirten Gesuche, in welchen das Alter, die Religion, ihre Befähigung in der Fortwissenschaft und Waldbau, die Kenntniß der polnischen und deutschen Sprache deren frühere Verwendung und ob dieselben mit einem Beamten dieses Magistrates verwandt oder verschwägert sind, genau anzugeben ist, unter Anschluß der Qualifications-Tabelle, mittelst ihrer Vorgesetzten im Wege der k. k. Bezirksämter, an den Neu-Sandez Magistrate bis zum 31. März d. J. zu überreichen.

Vom k. k. Magistrate. Neu-Sandec, am 28. Februar 1860.



Vom Neu-Sandecr k. k. Kreisgerichte wird der Rosalia Siegel und Karl Setmajer über Einschreiten des Quirin Ruchowski bekannt gemacht, daß mit dem Tabularerlasse des bestandenen Neu-Sandecr Magistrats vom 4. August 1855 3. 1463 die Intabulirung der Eheleute Quirin und Emilie Ruchowski als Eigentümer verschiedener Theile der Realität R. 3. 267 in Neu-Sandecz bewilligt wurde.

Da nun der Aufenthaltsort der von diesem Tabularerlasse zu verständigenden Rosalia Siegel u. Karl Setmajer unbekannt ist, so wird denselben der Landesadvokat Dr. Pawlikowski mit Substitution des Landesadvokaten Dr. Bersohn zum Curator ad actum bestellt und demselben der obangeführte Bescheid zugestellt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Neu-Sandecz, am 27. December 1859.

N. 1755. Edict. (1417. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Radlów wird bekannt gemacht, es sei im Monate Mai 1854 Christiana Rutowska verheirathet Plachno ohne leibwilliger Anordnung gestorben.

Da dem Gerichte der Aufenthalt des Johann Plachno unbekannt ist, so wird derselbe aufgefordert, sich binnen einem Jahre von dem unten gesetzten Tage an, bei diesem Gerichte zu melden, widrigenfalls die Verlassenschaft mit den sich meldenden Erben und dem für ihn aufgestellten Curator Martin Kapa abgehalten werden würde.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.  
Radlów, am 14. November 1859.

3. 25. Edict. (1438. 2-3)

Vom k. k. Larnower Kreisgerichte werden über Einschreiten des Haskel Libenschatz Behufs der Zuweisung des mit Erlaß der Krakauer k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction vom 3. Juli 1856 3. 3146 für das im Bochniaer Kreise liegende Gut Boczów bewilligten Urbartal-Entschädigungskapitals pr. 4980 fl. 40 kr. C.-M., diejenigen, denen ein Hypothekrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 15. April 1860 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- a) die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisirte Vollmacht beizubringen hat;
- b) den Betrag der angesprochenen Hypothekforderung, sowohl bezüglich des Capitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;
- c) die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und
- d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigenfalls dieselben lediglich mittels der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen gefehene Zustellung, würden abgesendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde so angesehen werden wird, als wenn er in die Ueberweisung seiner Forderung auf das obige Entlastungskapital nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldungseinficht Versäumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erscheinenden Betheiligten im Sinne §. 5 des kais. Patentes vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungskapital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Tarnów, am 12. Jänner 1860.

N. 392. Edict. (1437. 2-3)

Vom Neu-Sandecr k. k. Kreis-Gerichte wird den dem Namen und Wohnorte nach unbekannten vermeintlichen Erben der Eheleute Adalbert und Anna Baczkowski mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Hr. Boleslaus Paszyo und Fr. Maria Paszyo in Vertretung des Hrn. Landes-Advokaten Dr. Rutowski wider die liegende Nachlassmasse der Eheleute Adalbert und Anna Baczkowski wegen Lösungs-Anerkennung und Lösung der lib. dom. 87 p. 419 n. 25 on. hypothecirten lebenslänglichen Pachtrechte des Vorwerkes Popardów aus dem Lastenstande von Marcinkowice die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 18. April 1860 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt worden ist.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten, den hiesigen Landes-Advokaten Herrn Dr. Bersohn als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter

zu wählen und diesem Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Neu-Sandecz, am 8. Februar 1860.

N. 817. Concurs-Rundmachung. (1427. 2-3)

Zu befehen ist die bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Wieliczka unterstehenden k. k. Salinen-Berg-Inspection in Erledigung gekommene Dienststelle eines k. k. Grubenmitgehilfen in der XII. Diätenklasse dem Gehalte jährlicher Dreihundert fünfzehn Gulden öst. Währ., und dem systemisirten Salzbezüge von jährlicher 15 Pfund per Familienkopf.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der zurückgelegten montanistischen Berufsstudien practischen Kenntnisse im Bergbaufache im Allgemeinen, insbesondere im Steinsalzbergbau mit Beziehung auf die Localverhältnisse, Kenntniß einer slavischen vorzugsweise der polnischen Sprache, und einer guten für Grubendienst ausdauernden Körper-Constitution und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Wieliczka verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction bis 15. April 1860 einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.  
Wieliczka, am 1. März 1860.

N. 1205. Concurs. (1428. 2-3)

Im Bezirke der k. k. galiz. Postdirection in Lemberg, ist eine Post-Officiats-Stelle letzter Classe mit dem Jahresgehälter von 525 fl. gegen Erlag der Discretion von 600 fl. zu befehen.

Die Bewerber um diese Stelle haben die vorschriftsmäßig instruirten Gesuche unter Nachweisung der Sprachkenntnisse, und der mit gutem Erfolge bestandenen Post-Officiats-Prüfung binnen vier Wochen bei dieser Postdirection einzubringen.

R. k. galiz. Post-Direction.  
Lemberg, am 28. Februar 1860.

N. 6205. Rundmachung. (1429. 2-3)

Durch die Beförderung des technischen Lehrers Johann Strehl zum Director bei der Normal Haupt- und Unterrealschule zu St. Anna in Wien ist an dieser Anstalt die Stelle eines technischen Lehrers, für welche der Gehalt jährlicher 630 fl. ö. W. und ein Quartiergehalt von jährlicher 126 fl. ö. W. bezogen wird, in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle, haben ihre mit dem Tausche, Lehrbefähigungszeugnisse und den sonstigen ihre Kenntnisse und bisherigen Leistungen im Realfache beson- derer Chemie, Baukunst und Freihandzeichnen auszuweisenden Documenten belegten Gesuche bis Ende März l. J. bei dem fürsterzbischöflichen Konsistorium in Wien zu überreichen.

Von der k. k. n. ö. Statthalterei.  
Wien, am 22. Februar 1860.

N. 2737. Ankündigung. (1431. 2-3)

Unter dem Titel: Notizenblatt für Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Angelegenheiten, redigirt im k. k. Finanz-Ministerium, wird vom 1. März 1860, eine besondere Beilage des Verordnungsblattes des Finanz-Ministeriums im Druck erscheinen.

In dieses Notizenblatt werden alle wichtigeren Rundmachungen der Privat-Eisenbahn-Verwaltungen und Dampfschiffahrts-Unternehmungen, welche für das Publikum bestimmt, oder doch für dasselbe und ähnliche Unternehmungen von Wichtigkeit oder vorwiegenden Interesse sind, aufgenommen werden.

Dahin gehören insbesondere bei Eisenbahnen alle Rundmachungen über Eröffnung neuer Strecken, Fahr-Ordnungen, Tarife, Bestimmungen über Personen- und Sachtransport, freie Lagerzeit, alle Aenderungen in den gedachten Beziehungen, Veränderungen in der Organisation des Betriebes in soweit dieselben von Wichtigkeit sind, Rundmachungen über zeitweilige Einstellungen, des Betriebes, Beschlüsse der General-Versammlungen, Ausweise über Einnahmen, kurze Mittheilungen über erfolgreiche Anwendung neuer Erfindungen und dgl. — so wie ähnliche Rundmachungen von Dampfschiffahrts-Unternehmungen.

Auch Personalsachen (wichtige Ernennungen, Beförderungen, Versetzungen, Auszeichnungen u. s. w. der Angestellten) so wie Aenderungen in der obersten Verwaltung der Gesellschaften oder Unternehmungen werden in das Notizenblatt aufgenommen werden.

Diese Andeutungen dürfen darthun, daß dieses Blatt nicht nur für Eisenbahn und Dampfschiffahrts-Unternehmungen, und die bei denselben angestellten Personen, sondern auch für gesammten Handelsstand, wie für das Publicum, welches in die Lage kommt sich dieser Unternehmungen zu bedienen von Nutzen und manigfaltigem Interesse sein wird.

Der Pränumerations-Preis für dieses Blatt welches nach Maßgabe des Materials und zwar in der Regel wöchentlich einmal erscheinen wird, wurde um die Anschaffung zu erleichtern auf das billigste gestellt, namentlich für Wien mit drei Gulden öst. Währ. ganzjährig und mit einem Gulden 50 kr. ö. W. halbjährig — für auswärtige Abonnenten aber einschließlich der Postver- sendungsgebühr mit drei Gulden 60 kr. ö. W. halbjährig festgesetzt.

Die Pränumeratation wird für Wien bei der k. k. Postamts-Zeitungs-Expedition und für Auswärtige bei postämlichen k. k. Postämtern des Kaiserstaates angenommen.

3. 6197. Rundmachung. (1432. 2-3)

Nach den in der ersten Hälfte Februar d. J. eingelangten Erhebungen ist die Rinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in Solec, Kolpiec, Rumno und Podolce Samborer Kreises, zu Siechów Str'y'er Kreises, dann zu Rohatyn und in dem Magerhofs zu Meducha Brzezaner Kreises somit zusammen in 7 Ortschaften neu ausgebrochen; dagegen zu Wolguchy Przemyssler Kreises, zu Bilka szlachcka Lemberger Kreises, zu Cieżów Stanislawer Kreises, dann zu Luka wielka, Czartoryca und Myskowice Larnopoler Kreises, endlich zu Polanka, Korolówka, Uhrynkowce und Nowosiółka Gortfower Kreises somit zusammen in 10 Ortschaften erloschen.

In den erübrigenden 19 Seuchen-Ortschaften hat die Seuche unter dem Gesamtviehstande von 9548 Stück in 151 Gehöfen 766 Stücke ergriffen, wovon 78 reconvalescirten, 637 gefallen sind, 27 erschlagen wurden 24 noch krank blieben und noch 73 seuchenverdächtige Viehstücke der Keule überwiesen worden sind.

In Böhmen tauchte in der Periode vom 5. bis 12. Februar d. J. die Rinderpest in der Ortschaft Bítka und Rieka des Buzlauer, in der Ortschaft Jibslau des Gzastlar und in der Gemeinde Repin des Prager Kreises vereinzelt auf, und gewann auch in dem bereits ver-seuchten Dete Sedlitz weitere Fortschritte.

Doch sind in allen den eben genannten Gemeinden bloß 10 Rinder an dieser Seuche erkrankt, von denen 1 Stück genas, 3 fielen und 6 geküht wurden.

Dagegen konnte der Grubirmer Kreis zur Gänze als seuchenfrei erklärt, und die Aufhebung der Contumaz auf 22 Ortschaften ausgedehnt werden.

Diese im amtlichen Wege erhaltenen Mittheilungen werden mit dem Beifügen zur öffentlichen Kenntniß ge-bracht, daß die k. k. Landes-Regierung zu Troppau aus Anlaß des gänzlichen Erlöschens der Rinderpest in preuß. Schlesien das Verbot des Eintriebes von Hornvieh, dann der Einfuhr von rohen Rinderhäuten, Hörnern, Klauen, Fleisch und ungeschmolzenen Talg aus Preußen wieder aufzuheben befunden hat.

Von der k. k. Landes-Regierung.  
Krakau, am 1. März 1860.

3. 12477. Rundmachung. (1436. 2-3)

Die Sandecr k. k. Kreisbehörde findet kraft des derselben mit der Allerhöchsten Entschließung Sr. k. k. apo-stolischen Majestät vom 14. September 1852 eingeräumten Wirkungskreises, der k. k. Freistadt Neu-Sandecz über das Ansuchen und nach dem Antrage des Gemeinde-Ausschusses und nach Einvernehmung des k. k. Bezirks-amtes hiermit die Befugniß zur Abhaltung von zwei Wochenmärkten, nämlich: am Dinstage und Freitage in jeder Woche für alle Gattungen von Lebensmitteln, Rohstoffen, Natur- und Industrie-Producten, dann für alle Gattungen Wild, Fische, Geflügel, Schledz, Schlacht- und Nuzvieh mit alleiniger Ausnahme der Pferde mit dem Beifügen zu ertheilen, daß der Markt nur einen Tag dauern darf, und wenn an einem Dinstage oder Freitage ein römisch-katholischer Feiertag fällt, der Wo- chenmarkt an dem diesen Tagen unmittelbar nachfolgen- den Wochentage abgehalten, endlich wenn den erwähnten Tagen zwei Feiertage folgen sollten, der Wochenmarkt auf keinen späteren Tag mehr verlegt werden kann.

Was hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.  
Von der k. k. Kreisbehörde.  
Neu-Sandecz, am 15. Februar 1860.

N. 385 jud. Rundmachung. (1424. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Saybusch wird anmit bekannt gemacht, daß der k. k. Notar Vincenz Zlochowski, als Gerichtscommissär zur Vornahme aller Acte in Verlassenschafts-Handlungen, für das ganze städtische Gebiet von Saybusch, dann die Dörfgemeinden Jsep, Zablocie, Sporysz, Alt-Saybusch und Mozyzanica bestellt worden ist.

R. k. Bezirksamt als Gericht.  
Saybusch, am 25. Februar 1860.

N. 2796. Rundmachung. (1443. 1-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird hiemit be- kannt gemacht, daß das Befugniß des Dr. Hermann Askensay zur Ausübung der Advokatur gänzlich aufge- hört habe.

Krakau, am 27. Februar 1860.

N. 1828. Edict. (1410. 2-3)

Vom Larnower k. k. Kreisgerichte wird dem, dem Wohnorte nach unbekannten Stanislaus Cichowski und für den Fall seines Absterbens — seinen dem Namen und Wohnorte nach unbekannten Erben mittelst gegen- wärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider selbe wegen Zurechtfertigung, daß das Recht zu der wider Wo- gumila Kossecka Mutter und ihren Sohn Michael Kossecki erfolgten Summe 30 fl. sammt 5% Zinsen und Gerichtskosten 75 fl. 12 gr. erloschen, folgerecht des für Stanislaus Cichowski hafende Recht zu der Porąbka dom. 62 p. 308 n. 7 on. zur Befriedigung dieser Forderung vorgemerkten Sequestration verfährt, daher diese Forderung und diese Sequestration aus dem Lastenstande von Porąbka zu etabliren sei, Hr. Bo- leslaus Paszyo und Fr. Marie Paszyo sub präf. 9.

Februar 1860 3. 1828 eine mündliche Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt auf den 12. April 1860 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt wird.

Da der Aufenthaltsort der belangten Stanislaus Ci- chowski und für den Fall seines Absterbens dessen dem Namen nach unbekannten Erben unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu ihrer Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Serda mit Substitution des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Kań- ski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Ge- richtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte oder dessen dem Namen und Wohnorte nach unbekannten Erben erin- nert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wäh- len und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechts- mittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verab- säumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Tarnów, am 22. Februar 1860.

3. 110. jud. Edict. (1419. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Czarny Du- najec wird bekannt gemacht, es sei am 29. November 1832 Michael Tylka aus Ciche ohne Testament gestor- ben. Da dem Gerichte der Aufenthaltsort dessen Noth- erben Mathias Tylka unbekannt ist, so wird derselbe aufgefordert, sich binnen einem Jahre vom unten gesetz- ten Tage anzurechnen bei diesem Gerichte sich zu melden und die Erbschließung anzubringen, widrigenfalls die Verlassenschaft mit den sich meldenden Erben und dem für ihn aufgestellten Curator Adam Knapczyk Orde- richter aus Ciche abgehandelt werden wird.

Czarny Dunajec, am 15. Jänner 1860.

N. 110. Edykt.

Przez c. s. król. Urząd powiatowy jako Sąd w Czarnym Dunajcu czyni się wiadomo, iż w dn. 29. Listopada 1832 zmarł Michał Tylka beztesta- mentalnie we wsi Cichem. Sąd nieznając pobytu jegoż koniecznego dziedzica Macieja Tylki zwywa takowego, ażeby w przeciagu roku jednego, zgłosił się w tym Sądzie i swe oświadczenie za dziedzica wniósł, w przeciwnym bowiem razie spadek byłby per- traktowany z dziedzicami, którzy się zgłosili i z kuratorem Adamem Knapczykiem wójtem z Ci- chego, dla niego ustanowionym.

Czarny Dunajec, dnia 15. Stycznia 1860.

3. 199. jud. Edict. (1420. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Czarny Du- najec wird bekannt gemacht, es sei am 14. März 1802 zu Zubsuche Andreas Body mit Hinterlassung eines schriftlichen Testaments verstorben. Da dem Gerichte der Aufenthalt der Tochter der Testamentserin Katha- rina Jarzabkowna Namens Regina Jarzabkowna unbe- kannt ist, so wird dieselbe aufgefordert sich binnen einem Jahre bei diesem Gerichte zu melden und die Erbschließ- ung anzubringen, widrigenfalls die Verlassenschaft mit den sich meldenden Erben und dem für sie aufgestellten Curator Stanislaus Malkuch abgehandelt werden wird.

Czarny Dunajec, am 26. Jänner 1860.

N. 199. Edykt.

Przez ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd w Czarnym Dunajcu czyni się wiadomo, iż w dn. 14. Marca 1802 zmarł w Zubsuchem Jędrzej Body z pisemnem testamentem. Sąd nieznając pobytu Reginy Jarzabkowny, córki zmarłej testamental- nej dziedziczki Katarzyny Jarzabkowny, zwywa takową ażeby wprzeciagu roku jednego zgłosiła się w tymże Sądzie i swe oświadczenie do dzie- dzictwa wniósła, w przeciwnym bowiem razie, spadek byłby pertraktowany z dziedzicami którzy się zgłosili i z kuratorem Stanisławem Miałkuchem dla niej ustanowionym.

Czarny Dunajec, dnia 26. Stycznia 1860.

3. 418. civ. Amortisirung (1423. 2-3)

ber in Verlust gerathenen Urkunden.

Vom k. k. Bezirksamte zu Mielec als Gerichte wird bekannt gemacht, es sei über Einschreiten des Jakob Stussman in Baranów in die Einleitung der Amorti- sirung der Verzehrungssteuer Bollete Nr. 37 über 430 fl. 92 kr. vom 31. October 1859, dann der Verzehrungs- steuer Deposten-Quittung Nr. 41/3 über 445 fl. 28 1/2 kr. ö. W. vom 30. November 1859 ausgestellt vom k. k. Zollamte zu Baranów, dann über Einschreiten des Jzrael Feingold in die Einleitung der Amortisirung der Verzehrungssteuer-Bollete Nr. 54 über 250 fl. 40 kr. ausgestellt vom Baranower Zollamte am 31. October 1858 gemilligt worden. Es werden daher alle jene, die hierauf Ansprüche zu machen gedenken erinnert, — ihre Rechte binnen 1 Jahr 6 Wochen und 3 Tagen so gewiß darzuthun, widrigenfalls dieselben nach Verlauf dieser Zeit nicht mehr gehört und besagte Urkunden für null und nichtig erklärt wurden.

Mielec, am 20. Februar 1860.

Buchdrucker: Geschäftsleiter: Anton Rother